

„Viele sind auf die 45 Stunden angewiesen“

Münster

45 Stunden Betreuungszeit könnte es in städtischen Kitas bald nicht mehr geben. Der Vorschlag der Stadtverwaltung schlägt hohe Wellen.

- Von [Pjer Biederstädt](#)

Dienstag, 05.09.2023, 18:30 Uhr



Die Stadt Münster plant, die Betreuungszeiten in Kitas zu reduzieren.

Foto: picture alliance / Monika Skolimowska/dpa

Das Betreuungspaket von 45 Stunden in der Woche soll es in städtischen Kitas künftig nur noch in Ausnahmefällen geben und sukzessive in 35-Stunden-Plätze umgewandelt werden. Randzeiten in der Betreuung würden wegfallen, stattdessen soll es nach Vorschlag der Stadtverwaltung verlässliche Kernzeiten geben.

Eltern reagierten prompt auf den Vorschlag. „Anstatt das Problem an der Wurzel zu packen, wird dadurch eine Situation geschaffen, in der gar keine oder eine deutlich geringere Notwendigkeit besteht, zusätzliches Personal zu finden“, so die Kritik einer Ärztin und Mutter, die anonym bleiben will. „Wie soll das alltägliche Leben in dieser Stadt weitergehen, wenn aus jeder Familie ein Elternteil grundsätzlich nur bis 15 Uhr arbeiten kann?“, fragt sie.

Kita-Notlage zur Chefsache machen

Sabine Mahlmann vom Elternbündnis „Jubel? Trubel“ findet, dass es von Hilflosigkeit zeuge, wenn Randzeiten gekürzt werden müssen. Es sei problematisch für Münster, wenn Menschen mit unüblichen Arbeitszeiten wie Sanitäter, Ärztinnen oder Polizeibeamte, die das Stadtleben aufrechterhalten, nicht mehr ausreichend Betreuungszeiten bekämen. „Warum macht Markus Lewe dieses Problem nicht endlich zur Chefsache?“, fragt sie.

Nina Herud, ebenfalls Mutter, begrüßt grundsätzlich die Idee, die vorhandenen Ressourcen gleichmäßiger zu verteilen. Allerdings dürfe dies nur als Übergangslösung gesehen werden und langfristige Bestrebungen, wie etwa Lohnerhöhungen für die Fachkräfte oder eine attraktivere Ausbildung, nicht ersetzen. Meike Schillo findet, dass eine verlässliche 35-

Stunden-Betreuung über den Mittag für Familien einen Mehrwert in puncto Planbarkeit im Vergleich zu einem 45-Stunden-Platz mit Ausfallzeiten bereithalte.

„Viele Eltern sind auf die 45 Stunden angewiesen.“

Ann-Christin Spatzier, Vorsitzende des Jugendamtselternbeirats

Der Jugendamtselternbeirat (JAEB) begrüßt es, dass die Stadt die derzeitigen Herausforderungen im Bereich der Kindertagesbetreuung aktiv angehe. Dazu zähle, die bestehenden Fachkräfte in den Kitas und auch die Gruppenstrukturen zu entlasten, sagt JAEB-Vorsitzende Ann-Christin Spatzier. „Allerdings darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Eltern einen immer höheren Betreuungsbedarf haben und dies insbesondere wegen des Fachkräftemangels nicht geleistet werden kann.“ Die Elternvertretung fordere seit Jahren eine Flexibilisierung und Ausweitung der Betreuungszeiten. „Da ist die vorgesehene Stundenreduzierung aus Elternsicht ein Schritt zurück. Viele Eltern sind auf die 45 Stunden angewiesen“, so Spatzier.

Und die Parteien? Die wollen das frische Papier in ihren nächsten Sitzungen ausführlich diskutieren, bevor sie darüber abstimmen. Leon Herbstmann, kinder- und jugendpolitischer Sprecher der Grünen-Ratsfraktion, teilt auf unsere Anfrage mit, dass der Verzicht auf 45-Stunden-Plätze hingenommen werden könnte, wenn deutlich verlässlicher als bisher zumindest an 35 Stunden pro Woche eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung gewährleistet werden könne.

Kritik an der Kommunikation der Verwaltung

Carmen Greefrath, familienpolitische Sprecherin der Rathaus-CDU, sagt, dass die Situation Notfallpläne der Stadt erfordere, um von Familien arge Bedrängnis abzuwenden. „Absoluten Vorrang hat das Kindeswohl. Andere Familien verlieren wir als CDU nicht aus dem Blick und benötigen für sie ebenfalls verlässliche Kita-Plätze. Es wird nicht einfach sein, Prioritäten zu setzen.“

Die SPD-Ratsfraktion hat hinsichtlich der Regelungen noch Diskussionsbedarf. So seien etwa Familien mit zwei berufstätigen Elternteilen bisher nicht als Kriterium für einen 45-Stunden-Platz vorgesehen. „Dass manche Familien auf zwei Gehälter angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt zu sichern, gilt es aus unserer Sicht zu berücksichtigen“, sagt der jugendpolitische SPD-Sprecher Marius Herwig, der die Kommunikation der Stadtverwaltung kritisiert: „Die Politik wurde im Vorfeld nicht über die Vorlage informiert“. Die Pressemitteilung stelle den Verwaltungsvorschlag schon als beschlossene Sache dar. „Das sorgt bei betroffenen Familien verständlicherweise für Unsicherheit und Verärgerung. Eine solche Fehlkommunikation darf sich die Stadt Münster nach dem katastrophalen Scheitern des Kitaplatz-Vergabeverfahrens im Frühjahr nicht leisten.“

Ein bitterer Schritt

Katrin Bohm, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion befürchtet, dass die in Rede stehende Kürzung direkte Folgen auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die betroffenen Eltern, und hier zumeist für die Mütter, haben werde. Fraktionschef Jörg Berens: „Damit machen wir gesellschaftlich betrachtet eine Rolle rückwärts.“ Einen Grund für die aktuellen Probleme sehen die Freien Demokraten – ähnlich wie die Verwaltung – in der Landesgesetzgebung. Es fehle an der Finanzierung, das Stundenkontingent von 25, 35 und 45 sei zu starr. „Aber wo ist eigentlich der Städtetagspräsident, Oberbürgermeister Lewe?“

Wann wurden die Probleme von ihm oder vom CDU-Dezernenten Paal mal öffentlich an ihren Parteifreund, dem CDU-Ministerpräsidenten Hendrik Wüst, weitergegeben?“, fragen die Liberalen.

Ulrich Thoden, Die-Linke-Fraktionsvorsitzender: „Die Reduzierung der 45-Stunden Plätze ist ein bitterer Schritt. Er mag in dieser Situation notwendig sein, um verlässliche Betreuung in den Kernzeiten herzustellen und die Fachkräfte in den Kitas zu schonen, es ist und bleibt jedoch eine beschämende Mangelverwaltung.“